

USA kritisieren Deutschland wegen mangelnder Bekämpfung des Menschenhandels

Stand: 20.06.2019 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Anette Dowideit, Silke Mülherr**

Der Bericht enthält politischen Sprengstoff. Die USA stufen Deutschland wegen inkonsequenten Kampfes gegen Menschenhandel herab. Die Täter landen viel zu selten im Gefängnis – vor allem im Bereich der Zwangsprostitution.

Deutschland bekämpft den Menschenhandel nicht mehr konsequent genug. Zu diesem Ergebnis kommt das amerikanische Außenministerium in seinem aktuellen Bericht zu Menschenhandel weltweit, der WELT vorab vorlag und am Donnerstagnachmittag deutscher Zeit in Washington, D.C., vorgestellt wird. Der Bericht enthält politischen Sprengstoff: Die USA stufen darin Deutschland zum ersten Mal nicht mehr in die höchste Länderkategorie bei der Bekämpfung von Menschenhandel ein – sondern nur noch in Stufe 2.

„Die Bundesregierung erfüllt die Mindeststandards für die Beseitigung von Menschenhandel nicht vollständig“, heißt es in dem Bericht. Das größte Defizit sieht das US-Ministerium in dem Umstand, dass die Justiz für zu wenig Abschreckung Sorge.

Seit 2009 geht demnach die Zahl der Verurteilungen in dieser Kriminalitätsart in Deutschland zurück. Zudem kämen verurteilte Straftäter zu selten in Haft. Dies gelte vor allem im Bereich der Zwangsprostitution, die zahlenmäßig den weitaus größten Teil der bekannten Fälle an Menschenhandel im Land ausmacht. „Nur 36 Prozent der wegen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung verurteilten Straftäter verbüßten 2017 eine Haftstrafe“, heißt es in dem Bericht.

Ähnlich sehe es demnach bei der Arbeitsausbeutung aus: In drei Fällen, in denen Straftäter 2017 wegen Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung – etwa auf Baustellen – verurteilt wurden, erhielten die Straftäter demnach lediglich Geldstrafen. „Dies verfehlte die Mindestanforderung, die im Allgemeinen eine Inhaftierung der verurteilten Menschenhändler vorsieht“, schreibt das US State Department.

Die Zahlen des US-Berichts beziehen sich auf das „Bundeslagebild Menschenhandel“ von 2018 und sind leicht einsehbar.

(<https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Menschenhandel/menschenhandelBundeslagebild2017.nnn=27956>)

Der US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, sagte gegenüber WELT: „Bedauerlicherweise wird das Problem in Deutschland immer größer, statt eingedämmt zu werden.“ Die jüngsten Statistiken der deutschen Bundesbehörden offenbarten, dass ein hoher Anteil der verurteilten Menschenhändler lediglich Bewährungsstrafen oder überhaupt keine Haftstrafen erhalte. Außerdem zeigten die Zahlen einen konstanten Rückgang der Verurteilungen über die vergangenen Jahre hinweg, was Strafermittlungen und Verurteilungen angehe.

„Die Bundesregierung hat im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Schritte unternommen, um die Mängel zu beseitigen“, erklärt Joseph Giordono-Scholz, Sprecher der US-Botschaft in Berlin, die Herabstufung. Länder der Kategorie 1 müssten jedoch alle Mindeststandards erfüllen und maßgebliche Anstrengungen zur Eindämmung des Menschenhandels unternommen haben.

Die USA veröffentlichen einmal jährlich ihren Bericht zur Lage des Menschenhandels weltweit. In diesem Jahr stufen sie neben Deutschland auch Italien, Dänemark, Polen, Rumänien, die Slowakei und Aserbaidschan bei ihren Bemühungen im Kampf gegen diese Kriminalitätsart zurück. Die USA bewerten sich in den Berichten auch selbst: Wie bisher stufen sie sich selbst in die beste Kategorie ein, in der Menschenhandel besonders wirksam bekämpft werde.

Bundesministerien verteidigen ihre Politik

Das Bundesjustizministerium verteidigte die Politik der Bundesregierung zur Bekämpfung von Menschenhandel auf Anfrage von WELT. Sie entwickle „ihre Strategien kontinuierlich weiter“, sagte ein Sprecher. Das Ministerium verwies auf einen ebenfalls am Donnerstag veröffentlichten Bericht (https://www.coe.int/en/web/anti-human-trafficking/news/-/asset_publisher/fX6ZWufj34JY/content/greta-publishes-second-report-on-germany) des Europarats über die Bekämpfung von Menschenhandel, in dem Deutschland deutlich besser abschnide als im US-Bericht. Der Bewertung des EU-Expertengremiums namens Greta zufolge habe Deutschland seit der letzten Bewertung im Jahr 2015 die Gesetze zur Bekämpfung von Menschenhandel signifikant verbessert.

Allerdings nennt auch der EU-Bericht Defizite bei der Bekämpfung der Zwangsprostitution in Deutschland: Es fehle etwa an Datenbanken, mit denen sich überhaupt erst ein Überblick über die Ausmaße des Phänomens verschaffen ließe.

Deutlich selbstkritischer beurteilt der familienpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Marcus Weinberg, die Lage. „Ich hoffe, die Abstufung wird als Weckruf von den zuständigen Landesinnenministern verstanden“, sagte Weinberg. Ohne mehr Polizisten, die auf Menschenhandel spezialisiert sind, werde man das Phänomen Menschenhandel nicht in den Griff bekommen.

Das US-Außenministerium spricht in seinem Bericht auch Empfehlungen aus, wie Deutschland seinen Kampf gegen die Täter verbessern könnte, die beispielsweise Frauen aus anderen Ländern als Zwangsprostituierte ins Land holen oder Männer – oft aus Bulgarien oder Rumänien – auf dem Bau oder in Betrieben ausbeuteten. Demnach solle Deutschland sich um „Verurteilungen von Menschenhändlern zu Strafen“ bemühen, die „der Schwere der Tat entsprechen“.

Zudem sieht das US-Außenministerium ein Defizit bei den Kapazitäten von Ermittlern bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Richtern mit „fachlicher Expertise“ für diese Kriminalitätsart – und diese fehlenden Kapazitäten führten unter anderem dazu, dass sich Strafverfahren verzögerten.

Im Jahr 2017, dem letzten Jahr, für das umfassende Statistiken der Strafermittlungsbehörden vorlagen, gab es bundesweit 338 Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels. In den meisten dieser Verfahren (327) ging es um sexuelle Ausbeutung: Vor allem Frauen aus Rumänien, Bulgarien oder Ungarn, zum Teil auch aus Nigeria, werden nach Deutschland gelockt und hier in Bordellen, auf dem Straßenstrich oder in angemieteten Wohnungen zur Prostitution gezwungen.

In vielen Fällen werden die Täter den Frauen gegenüber nicht nur körperlich gewalttätig, sondern setzen sie auch psychisch unter Druck – zum Beispiel indem sie ihre Familien im Heimatland bedrohen. Die Täter nutzen dabei auch die Armut der Frauen aus, die sich in vielen Fällen mit der Aussicht nach Deutschland locken lassen, hier durch Arbeit ihre Familien zu Hause ernähren zu können.

Im vergangenen Herbst hatten WELT-Recherchen (</vermishtes/video182620376/WELT-Reportage-aus-Rumaenien-Das-brutale-Geschaef-mit-der-Zwangsprostitution.html>) ergeben, dass Zwangsprostitution in Deutschland derzeit floriert – und dass dies offenbar auch mit liberalen Gesetzen zusammenhängt. Demnach hat die Legalisierung der Prostitution unter der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2002 der Zwangsprostitution Vorschub geleistet, da seither Frauen legal ihren Körper verkaufen dürfen. Zudem hat die seit 2014 geltende EU-weite Freizügigkeit für Arbeitnehmer dazu geführt, dass Frauen etwa aus Rumänien nun legal ihre Körper in Deutschland verkaufen dürfen.

Ermittler im Bundeskriminalamt und mehreren Landeskriminalämtern gehen davon aus, dass die offiziellen Ermittlungsverfahren nur einen verschwindend kleinen Teil an der Zwangsprostitution im Land ausmachen. Sie sehen vor allem Defizite bei den Kapazitäten der Ermittler.

Wie undurchsichtig nämlich die kriminellen Netzwerke agieren, zeigt ein Bericht, den WELT im Mai (</politik/plus193935007/Vietnamesische-Salons-Alarm-im-Nagelstudio.html>) veröffentlichte. Demnach ist Menschenhandel auch in vorwiegend vietnamesisch geführten Nagelstudios weitverbreitet, deren Zahl derzeit bundesweit stark zunimmt. In vielen Fällen sind die Opfer Minderjährige – die von den Behörden in Jugendheimen untergebracht wurden.

Den Recherchen zufolge verschwinden die Jugendlichen nach kurzer Zeit wieder aus den Heimen werden später in anderen Nagelstudios aufgegriffen. Seit dem Jahr 2012 meldeten Kindernotdienste und Jugendämter 474 vietnamesische Minderjährige als verschwunden, wie gerade der Rundfunk Berlin-Brandenburg in einer am Donnerstag berichtet (<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/06/vietnam-menschenhandel-brandenburg-berlin-ausbeutung-.html>).

Das Bundesarbeitsministerium verwies darauf, dass sich erst Mitte dieser Woche dem Kampf der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angeschlossen habe. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hatte der ILO am Mittwoch eine entsprechende Ratifikationsurkunde überreicht und damit bekundet (<https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/bundesarbeitsminister-uebergibt-ratifikationsurkunde-an-ilo-generaldirektor.html>), man werde gemeinsam mit anderen Ländern Menschenhandel und Zwangsarbeit bekämpfen.

